



# Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftsberater, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zeilengrenze für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Aufstellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: 2/ Güterbahnhofstr. 2 / Zeitungs-Sammelnummer 14191 / Postfachkontor Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel / Anschrift: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Zeitungs-Nr. 17259 / Druckerei: "Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ausbezugspreis: Die neuromal gesetzte Ausbezugsseite oder deren Raum 0,30 RM. für Familienangeben 0,20 RM. für die kleinste Zeile anschließend an den dreigeschalteten Zeitteil 1,25 RM. Ausbezugs-Annahme bis vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Donnerstag, den 7. Oktober 1926

Nummer 223

# 23. Zerrat am Proletariat

Der Hamburger Hafenarbeiterstreik ist abgedrohen. Die Gewerkschaftsführer haben diesen Kampf der deutschen Arbeiter, der den ersten Kampf in der Reihe der beginnenden Abwehrkämpfe gegen die Nationalisierung, gegen den Lohnabbau und die Arbeitseinschränkung darstellt, abgewürgt. Die Gewerkschaftsführer stehen auf der Seite der Unternehmer. Schon bei dem ersten Vorfall der kommenden Auseinandersetzungen, bei den Raubzügen und blutigen Zusammenstößen in Dresden, können SPD- und Gewerkschaftsführer auf Seiten der Unternehmer. Wir sagten damals, diese Stellung zieht die kommende Haltung der SPD und Gewerkschaftsführer an. Die Ereignisse in Hamburg bestätigen, die Reformisten stehen in der Front gegen die Arbeiter.

Der Streit der Hamburger Hafenarbeiter war der Anfang der Kämpfe des deutschen Proletariats gegen die unerhörte Ausbeutung. Hamburg konnte aber auch eine entscheidende Rolle für die englischen Bergarbeiter spielen. Die Kapitalisten haben ihnen beim ersten Angriff die Kampfkraft der Arbeiter gebrochen. Die Kapitalisten hatten sehr gut begriffen, dass die Hamburger Arbeiter ein Vorbildengesetz führen, das im Anfall zu weiterem Kampf leitete. Sie fanden Regierung und Schlichter in Bewegung, um den Kampfwillen der Arbeiter zu brechen. Die Schlichter entschieden selbstverständlich für die Unternehmer. Diese verhinderten mit nachfolgendem Blatt ihren Sieg:

## Arbeit im Hafen.

Durch Entscheidung des Stern Reichsgerichts ist der Streitabzug vom 29. September für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber verbindlich gemacht. Die Hafenarbeit darf nicht durch Arbeitsverweigerung gelöscht werden, und die durch den Streitabspruch verbreiterten Löhne müssen gezahlt werden. Diejenigen beteiligen im Staate, Arbeitgeber usw. RM 7,20 für I. Schicht, RM 8,28 für II. und RM 8,64 für III. Schicht. Auf legen die Arbeitnehmer wird ein bedeutender Anstieg von 20% gegeben. Auch die zwingendsten sind erweitert und in diesen Punkten schlägt. Arbeitgeber werden in den bekannten Bezeichnungstellen zur Arbeit in gewohnter Weise angenommen und in den Lohnabfall aufgezehrt.

Hamburg, 1. Oktober 1926.

## Gewerbetreiberverein in Hamburg e. V.

Der Ton zeigt die unverhüllte Brutalität der Unternehmer. Bemerkend, von dem Gefühl des absoluten Sieges überzeugt, verblieben die Unternehmer, dass die Arbeit wieder aufgenommen sei.

Die Kapitalisten konnten diesen frechen Ton nur anklagen, wenn sie wussten, dass die Gewerkschaftsführer auf ihrer Seite standen. Die Bevölkerung ließ dann auch nicht lange auf sich warten. Die Gewerkschaften ließen das nachfolgende Blatt über den Streitabzug anschlagen:

## Deutscher Verkehrs Bund Bundesamt Berlin Zentralverband der Maschinen u. Fahrzeuge Technische Gesellschaften

### Schätz! Geharbeiter, Maschinen u. Fahrzeuge!

Durch die Verkehrsstaatsregierung des Schäfers, die die Betriebsverfassung der Maschinenindustrie ist die Tarif- und Lohnbewegung nie die Organisationen, den Deutschen Verkehrs Bund und den Zentralverband der Maschinen und Fahrzeuge und damit auch die Mitglieder der Betriebsvereine beider Organisationen berücksichtigt. Von den Delegationen kann höchstens Unterstützung irgendwelcher Art nicht erwartet werden. Die Ausbildung von Streitfeld muss in unmittelbarer Form statt nicht erheben. Die von uns verdeckten Sätze unter den Betriebsvereinen der Deutschen Gesellschaft, dass, wenn auch die Organisationen den Streit nicht unterstützen können, in ergänzender Form finanzielle Unterstützung den Geharbeiter bereit gestellt werde, sind daher schändlich.

Deutscher Verkehrs Bund  
Bundesamt Berlin  
Zentralverband der Maschinen u. Fahrzeuge  
Technische Gesellschaften

Die Reformisten erklären den Arbeitern genau so brutal wie die Unternehmer, dass sie wieder ins Sklavenjoch zu treiben haben, dass die Gewerkschaft keine Unterstützung zahlt. Während die Unternehmer einfach alle freien Arbeiter als entlassen betrachten und erklären, diese können sich neu melden, beschützen die reformistischen Gewerkschaftsführer, dass die Arbeiter auf Gnade und Ungnade den Kapitalisten ausgeliefert sind.

Durch diese Haltung der Gewerkschaftsführer, die damit den Freien für die Koalition degradieren, wird jeder Kampf der Arbeiter unmöglich gemacht.

Die gesamte Arbeiterschaft muss zu diesem unerhörten Verzettel der Gewerkschaftsburokratie Stellung nehmen.

Eine gestern abend tagende Stadtdelegiertenkonferenz der KPD Dresden beschloss einstimmig folgenden

### Aufruf an die Dresdner Arbeiter

Die im Bürgergarten angesehene Stadtdelegiertenkonferenz der KPD Groß-Dresden fordert die gesamte freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft Dresden auf, zum Streik der Hamburger Hafenarbeiter Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen muss zu dem Verhalten der Gewerkschaften Stellung genommen, die Taktik der Streitführung beprochen, Mittel und Wege beraten werden, wie dem Raub des Koalitionsrechtes begegnet werden kann.

Bei der jetzt herrschenden Krise hat jede Regierung es in der Hand, jeden Streik unmöglich zu machen. Die Schlichter sind offene Kapitalsageuten, die im Interesse des Reichsarbeitsministeriums die Wünsche des Unternehmers durchzuführen. Jeder Wunsch der Unternehmer findet bei den Schlichtungsstellen ein williges Ohr, jeder Spruch der Schlichtungsausschüsse wird für verbindlich erklärt, wenn Unternehmer dies wünschen.

Das Streitrecht wird der deutschen Arbeiterschaft immer mehr eingeschraubt, weil die reformistischen Gewerkschaftsführer die Politik der Großindustriellen unterstützen und die Rechte der Arbeiter preisgeben, wenn Regierung und Unternehmer es befürworten.

Mit Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsführer wurde der deutschen Arbeiterschaft der Achtstundentag geräumt, wurden die Löhne, trotz bauernder Steigerung aller Gebrauchs- und Lebensmittel, gefixiert.

Arbeiter! Die Kapitalisten führen die Nationalisierung auf Kosten der Arbeiter von Tag zu Tag verschärft durch. Wollen

die kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter uns nicht völlig in Ketten legen lassen, müssen wir unsere Organe, die Gewerkschaften, zu Kampforganen ausbauen. Schließlich auch zusammen in den Betrieben, schafft Betriebs- und Gewerkschaftskomitees, um die Gewerkschaften zu zwingen, die Kämpfe für die Arbeiter zu führen. Wenn das mit den harten Gewerkschaftsführern geht, gut, wir kommunistischen Arbeiter werden das begrüßen. Wenn sich die Gewerkschaftsführer dieser heimlichen Normendiktatur entgegenstellen, müssen wir beide Aufgaben gegen sie durchführen.

Wenn wir eingeschlossen dagehen, wird es uns gelingen, die Gewerkschaften zu Kampforganisationen umzuformen.

Arbeiter! Seien aus den Beispielen, die uns die Gegenwart zeigt. Unsere Gewerkschaften müssen wiederum zu Organen werden, die ihre Handlungen nur im Interesse der Mitglieder und der Arbeiter durchführen. Zwingt die Gewerkschaften, wie der Druck der englischen Bergarbeiter deren Organisation gezwungen hat, monatelang den Kampf zu führen.

Jetzt gilt es, den Kampf aufzunehmen, die Gewerkschaften zu Organen für die Arbeiter zu machen. Kein Arbeiter darf allein stehen. Wären alle jene, die unorganisiert für die Fortführung des Kampfes gestanden haben, in den Gewerkschaften gewesen, der heimliche Vertrag wäre vereitelt worden. Hamburg war ein Signal, die Bahn für die rücksichtlose Nationalisierung ist frei, wenn nicht die Arbeiter Stellung nehmen und einen Abwehrschlag abschießen. Alle Mann an die Arbeit, gegen die reformistischen Vertreter, gegen den brutalen Ausplündер durch die Unternehmer.

### Für den Kongress der Werktätigen

Der Arbeiterrat Sachsen-Anhalt Niedersachsen hat nach ausgiebiger Diskussion mit 11 gegen 1 Stimme beschlossen, den Kongress der Werktätigen zu unterführen. Der Beschluss wird der nächsten Betriebsversammlung vorgelegt zwecks Beschaffung des Kongresses der Werktätigen durch einen Delegierten. Von 3 sozialdemokratischen Betriebsratsmitgliedern stimmen 2 für 1 gegen den Beschluss.

## Grzesinski, der Nachfolger Geberings

Die KPD für die Millionenabsindung an die Hohenzollern — Rücktrittsgebot Seestadt

Seinerzeit Rücktritt ist gestern erfolgt. Als sein Nachfolger ist der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, ernannt worden. Heute morgens wird sich Seestadt verabschieden und seinen Nachfolger einführen. Noch schreiben alle bürgerlichen Blätter, das der Rücktritt aus Grundhaftaristokratie erfolgt sei, an eine Umänderung der Regierung werde nicht gedacht. Es steht aber schon fest, dass die Umstellung erfolgt, um die Große Koalition in Preußen zu ermöglichen. Die Demokraten und das Zentrum hatten erklärt, dass sie nicht ohne Volkspartei weiter in der Regierung verbleiben wollen. Die Volkspartei ist, wie wir erfahren, gründlich zum Eintritt in die Regierung bereit, es bestehen nur noch Differenzen wegen der Verteilung der Macht.

Alein doch Umstand, doch man die Große Koalition ermügt, will es auch auszuweisen, dass Braun den berüchtigten Roske als Innensenator vorgeschlagen.

Die Koalitionsbestrebungen in Preußen sind das Vorbild der Koalitionsbestrebungen im Reich. Die KPD dokumentiert ihr Einverständnis in den Silberberg-Kurs. Diese Ereignisse werden auch ihre Schritte für Sachsen voraus. Hier muss die gesamte Arbeiterschaft dafür sorgen, dass zu solchem Handeln keine Möglichkeit gegeben ist.

### Das Millionengebot an die Hohenzollern

Der Telefontonieur vom 8. Oktober teilt mit:

„Der Vergleichsvorschlag für ein Absindungsabkommen zwischen Preußen und dem Lande Hohenzollern ist heute abend unterzeichnet worden, und zwar auf Seiten des ehemaligen regierenden Hauses Hohenzollern verbindlich für die Haupt- und Nebenlinien. Der Vergleichsvorschlag geht nunmehr dem preußischen Staatsrat zu, der sich vorausichtlich noch in dieser Woche mit ihm beschäftigen wird. Die Vorlage gelangt in der nächsten Woche vor den Preußischen Landtag.“

Die an die Hohenzollern abgetretenen Werte überschreiten noch die im Kompromissvorschlag enthaltenen. Neben vielen Millionen Parzellen gehen die Hohenzollern nach der aktuellen Aussicht ungeheure Leistungen an Land erhalten. Die Hauptlinie erhält 330 000 Morgen, das sind 50 000 Morgen mehr, wie im Kompromissvorschlag angekündigt. Auch zahl der Staat 8-9 Millionen Mark in das mehr, als wie vorher vorgesehen war. Haupt- und Nebenlinien sollen nach den bisherigen Veröffentlichungen 388 000 Morgen Land und 15 Millionen in das erhalten.

Dieser Vorschlag ist eine bewusste Proposition der Wähler, die beim Volksentscheid ihre Stimme gegen die Fünfjahresabsindung abzugeben. Die Massen müssen sofort Sturm gegen die Verhandlungen der Steuergelder und des Staatshaushaltens laufen.

Zu der Unterzeichnung des Vergleichs mit den Hohenzollern durch die preußische Regierung schreibt die „Rote Fahne“ heute: „Zunächst gilt es jetzt, durch einen Massensturm in Städten und Land den ungeheuren Hohenzollernvergleich zu verhindern. Schon hat der Sozialdemokrat Braun den Vergleich unterzeichnet. In wenigen Tagen soll die Sanction im Landtag herbeigeführt werden. Es darf keine Zeit mehr verloren werden! Sofort muss aus den Betrieben und Organisationen des westländigen Volkes ein Massenprotest erhoben werden. Die Einheitskomitees müssen morgens in Funktion treten, um zu verhindern, dass dem Fürstengenossen Misturden ausgeliefert werden, während über eine halbe Million ausgesteuerte Erwerbslosen dem Hungertod eingezogen gehen. Der Massensturm muss verhindern, dass der Landtag dem läudischen Vergleich zustimmt.“ Die Fraktionen der Demokraten und des Zentrums haben zu dem Vergleich Stellung genommen und werden ihm zustimmen. Die „Tägliche Rundschau“, das Organ der Volkspartei, bringt eine Erklärung, dass sie mit dem Vergleich einverstanden ist und kraftigt, dass die Deutschnationalen wahrscheinlich auch zustimmen, da die Hohenzollern leicht einverstanden damit sind. In diesem Falle könnte sogar auf die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion verzichtet werden. Diese nimmt im „Vormärz“ Stellung und legt den Vergleich als basis fest, was überhaupt herausgeholt werden könnte! Wörtlich schreibt der Vormärz: „So wird die sozialdemokratische Fraktion wohl dazu kommen, unter Wahrung ihres grundlegenden Standpunkts bei der Verabschaffung des Vergleichs durch die bürgerlichen Parteien nicht zu obstatieren.“ In einem Schreiben an den „Vormärz“ hofft die Fraktion, dass die Hohenzollern mit dem ausgelieferten Vermögen bald fertig werden.

Die sozialdemokratischen Führer enthalten fest, dass sie den Volksentscheid nur mitgemacht haben, um der Massenstimme Rechnung zu tragen. Sie vertreten die Wähler, wie die Gewerkschaftsführer die Arbeiter von Hamburg vertreten haben.

Die KPD ruft die Arbeiter Berlins zu Demonstrationen gegen den Schandvergleich auf. Wie wir noch erfahren, will auch der Ausschuss zur Enteignung der Güter einen neuen den Kampf aufnehmen, er lädt die 1.500 Einleitung eines Volksentscheids in Preußen an.

### Der königstreue Seestadt reicht sein Rücktrittsgebot ein

Der Kommandeur der Reichswehr, Generaloberst von Seestadt, hat sein Rücktrittsgebot eingereicht. Die Ursache dieses Schrittes liegt darin, dass festgestellt wurde, dass Seestadt die Ernennung hat, dass der Kontraktionszoll an den Reichswohramtätern teilnehmen kann. Der Reichswehrminister erklärt nun, dass er